

Heiners dritter persönlicher Brief aus dem Bundeshaus

Sondersession, 3. – 7. Mai 2004 und Sommersession, 1. – 18. Juni 2004

*An der Sondersession in der ersten Maiwoche behandelten wird das Asylgesetz und wir begannen mit der Beratung des Ausländergesetzes. Hier war mein EVP-Kollege Walter Donzé aus dem Kanton Bern gefordert. Er gehört der vorberatenden Staatspolitischen Kommission an. Dem Asylgesetz wurde am 4. Mai 2004 mit 98 zu 49 Stimmen zugestimmt. **Namens der EVP/EDU-Fraktion erklärte ich vor der Abstimmung, dass wir dem Gesetz im jetzigen Behandlungsstand zustimmen.** Ich erwähnte, dass wir wie alle Fraktionen nicht mit allem zufrieden sein können, dass es jedoch wichtig ist, dass der Ständerat als Zweirat seine Beratungen aufnehmen kann. Wir brauchen ein vollziehbares, menschenrechtskonformes Asylgesetz. In den beiden Sessionen benötigten wir 30 Stunden für die Beratung des Ausländergesetzes. Schuld daran waren die überdurchschnittlich vielen Anträge.*

Nachfolgend aus meiner Tätigkeit in der Sommersession:

Ja zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung

Am 7.6.2004 unterstützte ich diese Charta. Die zustimmenden Länder verpflichten sich zu gewissen Standards in der Selbstverwaltung der Gemeinden. Für unser Land bringt die Charta keine Probleme, weil wir eine ausgebaute Gemeindeautonomie haben. Für die jungen europäischen Demokratien ist es jedoch sehr wichtig, dass diese nicht zu zentralistischen Staaten werden.

Nationalbankgold und Nationalbankgewinne – für Schuldenabbau

Ich vertrat am 8.6.2004 namens unserer Fraktion die Auffassung, dass zwei Drittel des überschüssigen Nationalbankgoldes den Kantonen gehören, ein Drittel dem Bund. Ich stellte erfolglos den Antrag, dass der Bund seinen Anteil für die Verminderung der Schulden zu verwenden hat.

Gleichentags vertrat ich namens unserer Fraktion die Auffassung, dass die Volksinitiative, welche einen wesentlichen Teil des Nationalbankgewinnes der AHV zukommen lassen will, abzulehnen ist. Auch hier gehören zwei Drittel den Kantonen, ein Drittel dem Bund.

Die Aargauer Zeitung zitierte mich am 9.6.2004 mit einer zentralen Aussage: „Wenn hier Kollege Rechsteiner sagt: ‚Heute ist der Tag der AHV‘, dann ist das aus seiner Sicht verständlich; aber es ist kein nachhaltiger Entscheid, wenn Sie entscheiden, diese Mittel für die AHV einzusetzen.“

Die beiden Vorlagen gehen an den Ständerat. Dieser wird – im Gegensatz zur Mehrheit des Nationalrates – die Anliegen der Kantone stärker als die AHV gewichten.

Erklärung des Nationalrates zu Euro 2008

Der Nationalrat gab zum Ausdruck, dass er trotz allen Querelen um das neue Stadion in Zürich hinter der Durchführung der Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Schweiz steht. Nachdem Ueli Maurer (SVP) dem Verbandsbeschwerderecht die Schuld an den Problemen in Zürich gab, stellte ich in einer persönlichen Erklärung fest, dass ein Ja lediglich heisst, dass wir hinter der Durchführung der EM in der Schweiz stehen. - Die EVP steht zum Verbandsbeschwerderecht; es hat sich für Mensch und Umwelt bewährt.

Betäubungsmittelgesetz – wie weiter?

Bei der Eintretensdebatte vom 14.6.2004 begründete ich namens der EVP-Nationalräte einen Rückweisungsantrag: Rückweisung an den Bundesrat, mit dem Ziel, das Betäubungsmittelgesetz nur so weit anzupassen, dass die Zielsetzung einer restriktiven, die Menschen schützenden Drogenpolitik gewährleistet werden kann. Darüber wäre abgestimmt worden, wenn der Nationalrat nicht mit 102 zu 92 Stimmen Nichteintreten beschlossen hätte. Wir EVP-Nationalräte trugen zu diesem Nein bei. Das Nein zur Liberalisierung von Cannabis, das bei der ganzen Debatte im Zentrum stand, genügt jedoch nicht. Deshalb reichte ich am 18.6.2004 eine Interpellation ein (siehe unten).

Integration der Ausländer/innen – ein wichtiges Anliegen

Bei der Detailberatung des Ausländergesetzes unterstützte ich am 15.6.2004 die Bestimmungen zugunsten der Integration der Ausländer/innen. Dies ist eine wesentliche Neuerung im Ausländergesetz.

Legislaturplanung – so nicht

Die Neuerung, dass das Parlament die Legislaturplanung des Bundes nicht nur berät, sondern auch genehmigt, erwies sich als falsch. Der politische Wille der grossen Fraktionen, sich auf einige wesentliche gemeinsame Schwergewichte zu konzentrieren, ist nicht vorhanden. Aus meinem Votum: „Die EVP/EDU-Fraktion schliesst sich dem Antrag der Kommission an, die ganze Sache relativ würdig zu beerdigen..... Es hat sich gezeigt, dass der eingeschlagene Weg falsch war. Wir realisieren das und sind der Meinung, dass eine Kehrtwendung Einsicht ist, nicht ein Zeichen der Schwäche.“

Parlamentarische Vorstösse

Meine Interpellation zur Verminderung der Fettleibigkeit, eingereicht am 1.3.2004, wurde vom Bundesrat am 12.5.2004 beantwortet. Ich war nur teilweise befriedigt und verzichtete auf einen Antrag auf Diskussion. Der Vorstoss war damit am 18.6.2004 erledigt. Ich überlege mir, wo ich gezielt weiter am Thema bleiben kann.

Am 2.6.2004 reichte ich als Folge des aus EVP-Sicht erfreulichen Neins zur 11. AHV-Revision eine Interpellation zur Zukunft der AHV ein. Hauptanliegen: sozial abgefederte Flexibilisierung des AHV-Alters.

Am 7.6.2004 reichte ich eine Parlamentarische Initiative für die Revision des Lotterieggesetzes ein. Die bestehenden Mängel sind durch ein Bundesgesetz (nicht durch die betroffenen Kantone) zu beheben. Zudem soll das staatliche Monopol aufgehoben werden, indem auch private gemeinnützige Trägerschaften aufgrund klarer Kriterien sollen Anbieter werden können.

Am 18.6.2004 reichte ich eine Interpellation betreffend Folgerungen aus dem Nein zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes ein. Wo besteht Diskrepanz zwischen Gesetz und Gesetzesanwendung? Wie wird der Bundesrat sicherstellen, dass die Gesetzesanwendung einheitlicher im Sinne des Gesetzgebers wird? Ist er bereit, den Jugendschutz zu verstärken und die Suchtprävention (inkl. Alkohol) auszubauen?

Fraktionsausflug und Parlamotion

In der Sommersession finden jeweils die Fraktionsausflüge statt. Wir reisten bewusst in die Westschweiz (Kantone Freiburg und Waadt). - In der letzten Sessionswoche nahm ich an der jährlich stattfindenden Parlamotion teil. Da joggen oder walken Ratsmitglieder einmal an einem frühen Morgen ums Bundeshaus. Zu solchem Joggen bin ich sehr zu haben.

Herbstsession: 20. September – 8. Oktober 2004

Besucherinnen und Besucher sind im Bundeshaus während den Sessionen immer willkommen.

Mit herzlichen Grüssen

Heiner

6.7.2004

Wahlbeobachtung Präsidentenwahl Mazedonien

Erster Wahlgang, 14. April 2004

Im Zusammenhang mit meinem letzten Brief aus dem Bundeshaus berichtete ich über den am 16. Februar 2004 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Präsidenten Mazedoniens, Boris Trajkovski. Wir waren miteinander befreundet. Als Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates erhielt ich die Möglichkeit, als Wahlbeobachter für den ersten Wahlgang der Wahl seines Nachfolgers nach Mazedonien zu reisen. Da der Wahltag auf den 14. April 2004 festgelegt wurde, musste ich am Karfreitag, 9. April 2004, reisen.

Vom Flughafen Skopje fuhren wir alle in den Südwesten des Landes, nach Ohrid. Dort hatten wir am Samstag das Briefing (Einführung). Abends wurden wir Schweizerinnen und Schweizer von Botschafter Stephan Nellen zum Essen eingeladen. Daniela, Stephans Frau, war auch als Wahlbeobachterin im Einsatz. Für sie war dies als Botschaftersgattin eine besondere Erfahrung.

Dieses Jahr fielen unsere Ostern und das Osterfest der Orthodoxen auf den gleichen Tag. Somit war Ostern ein Feiertag. Die ethnischen Mazedonier sind meist orthodoxe Christen, die ethnischen Albaner Muslims. Boris Trajkovski gehörte zur kleinen Minderheit der Evangelischen. Er war Präsident der Evangelisch-methodistischen Kirche. Um mit meinen Geschwistern der EMK in ihrer grössten Gemeinde, in Strumica, im Südosten des Landes, Ostern feiern zu können, holte mich Boris, ein sehr guter Autofahrer mit ebenso eindrücklichen Deutschkenntnissen um 4.30 Uhr in der Früh in Ohrid ab. Der Ostergottesdienst in Strumica, geleitet vom jungen Pfarrer Mirce Tancev, war vielgestaltig und eindrücklich. Mirce bezog Menschen aller Altersgruppen und mit verschiedensten Begabungen in den Gottesdienst ein.

Gegen Abend ging die Fahrt weiter nach Skopje. Dort besuchte ich den englischsprachigen Gottesdienst der EMK. Mitverantwortlich für diesen Gottesdienst war Robert Milcev. Robert war im Jahre 1993 am Rande einer EMK-Tagung bei uns zu Hause auf Besuch. Wir trafen an uns an Ostern erstmals nach langen Jahren wieder. Robert ist der Bruder von Vilma Trajkovski, der Witwe des Präsidenten. Nach dem Gottesdienst war ich mit Roberts Familie zu Vilma in die Präsidentenresidenz eingeladen. Ich bin sehr dankbar, dass dieser Besuch möglich wurde. Nach der Uebernachtung bei Vilma und Robert Milcev fuhr ich mit dem Bus nach Tetovo, im Nordwesten des Landes gelegen. Tetovo ist die albanische Hochburg des Landes. Für mich wurde der Einsatz im Gebiet der albanischen Minderheit zu einer eindrücklichen Erfahrung. Am Nachmittag des Ostermontags und am Dienstag fand das örtliche Briefing statt. Am Mittwoch, 14. April 2004 war Wahltag. Zusammen mit einem erfahrenen Briten wurde ich für den Abend dem zentralen Wahlbüro von Tetovo zugeteilt. In der Nacht auf den Donnerstag, 15. April waren die Auszählungen um gut 2 Uhr früh beendet und für uns war damit Arbeitsschluss. Am Nachmittag ging's zum Debriefing nach Skopje zurück.

In Skopje angekommen, nahm ich mit Mitarbeitenden der Schweizerischen Botschaft das Mittagessen ein. Wir begegneten uns ja bereits am Tag der Beerdigung von Boris Trajkovski am 5. März 2004. Für den Nachmittag lud mich Botschafter Stephan Nellen zur Teilnahme an einer Koordinationssitzung mit leitenden Leuten auf der Botschaft ein.

Anschliessend folgte das Debriefing. Die Wahlen konnten wir als frei und fair beurteilen. Der Wille, alles korrekt zu erledigen, war dort, wo ich im Einsatz war, sehr deutlich zu spüren. Dass es einen zweiten Wahlgang brauchen würde, war von Anfang an klar. Um im ersten Wahlgang gewählt zu werden, muss man 50 Prozent aller Stimmberechtigten (nicht nur der wirklich Stimmenden) erreichen. Zudem müssen – damit der Wahlgang gültig ist – 50 % der Stimmberechtigten teilgenommen haben. Im zweiten Wahlgang am 28. April 2004 (an dem ich nicht teilnehmen konnte) wurde Ministerpräsident Branco Crenkovski als Präsident gewählt. – Am Freitagmorgen, 16. April 2004, in der Frühe ging's zurück in die Schweiz.

Ich bin dankbar, dass ich die Möglichkeit hatte, als Wahlbeobachter nach Mazedonien zu reisen. Ich bekam einen eindrücklichen Einblick. Ich freue mich insbesondere, die Verbindungen mit meinen Glaubensgewistern und Freunden vertiefen zu können.

Heiner Studer

Beilage zu: „Heiners dritter persönlicher Brief aus dem Bundeshaus“ (6.7.2004)